

## Verbände fordern das Arbeitsministerium zur Rücknahme der rechtswidrigen Auslegung auf

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) und der Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau (BGL) laufen Sturm gegen die Auslegungshilfen des Bundesarbeitsministeriums für die Vergabe von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM). Die drei Verbände wollen im Ministerium auf eine Änderung der umstrittenen Vorschriften hinwirken. „Mit dem Ukas des Arbeitsministeriums, der in einer Nacht- und Nebel-Aktion entstanden ist, fallen wir zurück in die Zeit vor dem Arbeitsförderungsreformgesetz“, kritisiert BGL-Hauptgeschäftsführer Klaus Wehmeier. „Die Ausnahme wird wieder die Regel, und es gibt keine Vergabe-ABM mehr“.

Auch die BDA fordert, die umstrittene Auslegungshilfe müsse unbedingt zurückgenommen werden. Statt dessen sollten Arbeitsämter, Gemeinden und betroffene Wirtschaftsverbände gemeinsam an „Runden Tischen“ über die Vergabe von ABM entscheiden, schlägt Josef Siegers, Mitglied der BDA-Hauptgeschäftsführung und amtierender Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit vor.

Nach: Frankfurter Allgemeine vom 27.03.1998

